

Stadtrat Bern, 14. August 2008, Beat Gubser EDU, [www.gubser.info/stadtrat](http://www.gubser.info/stadtrat)

Traktandum 17

Motion Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP): Aktiv für Kinder:  
Rechtsanspruch auf Tagesschulplatz gesetzlich verankern

### **Das städtische Tagesschulangebot soll sich an den kantonalen Vorgaben orientieren**

Betreuung und Erziehung der Kinder ist Aufgabe der Eltern und nicht des Staates. Dass der Staat die Familie unterstützt ist sinnvoll und auch ein Tagesschulangebot ist angebracht.

Wenn jetzt die SP einen Rechtsanspruch auf einen Tagesschulplatz verlangt, dann sollen einmal mehr grundsätzliche Betreuungs- und Erziehungsaufgaben von den Familien an den Staat übertragen werden. Das lehnt die EDU ab. Es widerspricht auch dem Artikel 14f (neu, 3. Beschränkung des Angebots) des neuen Volksschulgesetzes vom 29. Januar 2008 (VSG, 432.210), welcher eine Beschränkung des Angebots vorsieht, wenn die Nachfrage das gemäss dem Lastenausgleich finanzierte Tagesschulangebot übersteigt.

Es wäre interessant zu wissen ob das in der Stadt Bern bereits der Fall ist, da wir ja schon heute über ein überdurchschnittliches Angebot verfügen. Und die Aussage des Gemeinderates, dass die Stadt Bern ihr Tagesschulangebot nicht mehr beschränken können wird, stimmt wohl so auch nicht. Ich appelliere an den Gemeinderat bei der Anpassung der städtischen Erlasse nicht über die kantonalen Vorgaben hinauszugehen und bitte den Stadtrat diese Motion abzulehnen.